

Viktor Orbáns Interview mit der italienischen Zeitung „La Stampa“

1. Mai 2019

„Jedes Land sollte an der wirtschaftlichen Union teilnehmen, in Zukunft auch das Vereinigte Königreich und die Türkei.“ In Bezug auf Salvini: „Der Held, der die Migration auf dem Meer aufgehalten hat. Mit ihm gibt es eine Abmachung über eine neue EU, die EVP muss mit der politischen rechten Seite zusammenarbeiten.“

INTERVIEW

Viktor Orbán, der Mann, der die Karte der Macht in der EU umzeichnen will, erscheint pünktlich im Bibliothekssaal des ehemaligen Karmelitenklosters, das Büro von Ungarns Ministerpräsidenten befindet sich zwei Türen weiter rechts. Er verbirgt gekonnt den Jetlag, vor einigen Stunden ist er aus China zurückgekommen, wo er mit 36 führenden Politiken der Welt die Hände geschüttelt und Verträge über die neue Seidenstraße unterschrieben hat. In Geldfragen soll man nicht wählerisch sein, auch dann nicht, wenn es sich bei dem Geld um Yuan und nicht um Dollar handelt, ganz gleich ob es sich um Ungarn oder um Italien handelt, und – sagt Orbán – Conte hat richtig gehandelt, dass er Vereinbarungen mit Xi geschlossen hat.

Blaues Hemd, sportliches blaues Jackett, Jeans. Er blickt von Buda, von dem westlich der Donau sich erhebenden Hügel auf die Hauptstadt hinab, und als er uns erklärt, ganz Budapest sei erneuert worden, „sie haben es zerbombt, aber wir haben es wieder aufgebaut“, strahlt er einen mit Identität durchdrungenen, „patriotischen“ (wie er das später in seinem Exklusivinterview mit „La Stampa“ ausführen wird) Stolz aus.

Das Interview will beinahe schon gar nicht mehr beginnen, da dieser Mann, dem ein Teil Europas den Titel des Großmeisters des Souveränismus verliehen hat, während der andere Teil ihn mit (in der Abstimmung angenommenen, aber nicht ins Leben getretenen) Sanktionen wegen der – nach Meinung der Ankläger – zweifelhaften Beschaffenheit der Rechtsstaatlichkeit belegt, über den Fußball, die durch ihn gegründete, nach der globalen Gottheit des Fußballs, Ferenc Puskás, benannten Fußballakademie spricht. Er spricht über Roger Scruton und Guglielmo Ferrero und die Bücher des letzteren über die Macht und die Nationen des Römischen Reiches, die auf seinem Nachttisch liegen und in seiner eigenen kleinen Bibliothek stehen – und er

spricht über die Studie des israelischen Philosophen, Yoram Hazony, die dieser über die Werte des Nationalismus verfasst hat.

Seine Art zu sprechen ist ruhig, sein Blick ruht auf dem Gesprächspartner, von Zeit zu Zeit notiert er sich etwas, er kritzelt eher nur andeutungsweise etwas in den kleinen Notizblock mit dem Regierungswappen. Es macht Späße mit seinen Beratern, „sie kontrollieren mich, aber wir sollten von ihnen keine Notiz nehmen“. Dann nimmt er einen Schluck von dem Tee, bevor er seine erste Begegnung mit Berlusconi in Italien in Erinnerung ruft, der damals bereits nach der politischen Laufbahn strebte, während er, Orbán, zu der Zeit, im November 1993 erst ein hoffnungsvoller, junger Abgeordneter war. Er fuhr nach Milanello, das Geschenk des Ritters war ein Abendessen in der Gesellschaft von Capello und ein Händeschütteln mit Van Basten. „Silvio wollte in die Politik einsteigen, und er wollte, ich solle ihm erklären, wie denn der Aufbau der Bewegung aussieht. Er sagte: Viktor, Du musst das machen!“

Herr Ministerpräsident, Sie sind von Berlusconi zu Salvini weitergeschritten. Ist das Feeling das gleiche?

Mein bester Freund ist immer noch Berlusconi, er ist ein großer Mann, epochal. Doch ist Salvinis Rolle jetzt wichtiger.

Also: Weg frei für Salvini?

Er kommt morgen nach Ungarn, in ein Land, in den man ihn als Freund ansieht. Unser Interesse ist es, mit Salvini eine gute Beziehung auszubauen. Die Menschen hier sehen in ihm einen Schicksalsgenossen, wir beide befinden uns in einer Schicksalsgemeinschaft, wir beide haben Angriffe zu erleiden. Er ist der Held, der als erster die über das Meer kommende Migration aufgehalten hat, wir haben das auf dem Festland getan.

Wird dies ein Treffen zwischen Parteichefs sein oder kommt er zu einem offiziellen Besuch als stellvertretender Ministerpräsident?

Ich empfangen ihn als einen Minister der italienischen Regierung, als stellvertretenden Ministerpräsidenten, doch werden wir nicht nur über bilaterale Themen sprechen, sondern auch über Parteiangelegenheiten. Und wir werden auch nach Röske, an die serbische Grenze fahren, damit er sich ansehen kann, wie wir die Grenze verteidigen.

Salvini möchte, dass die Europäische Volkspartei mit ihm nach den europäischen Wahlen ein Bündnis eingehen soll. Und Sie?

Formulieren wir es so: Die Volkspartei ist drauf und dran, einen Selbstmord zu begehen. Sie möchte sich an die politische Linke binden, damit wir dann auf diese Weise gemeinsam untergehen. Die Wahrheit ist, dass wir erfolglos sind, es gibt immer weniger Ministerpräsidenten aus der Volkspartei in Europa, und wir werden auch weniger Abgeordnetenmandate haben.

Hat die Volkspartei doch nicht Ihre Partei, den Fidesz suspendiert? Wartet nicht das Urteil des Ausschlusses auf Sie?

Auf ein Urteil wartet die Europäische Volkspartei, und zwar auf jenes der Wähler. Ich möchte, dass unser Parteienbündnis dieses selbstmörderische Schicksal vermeidet.

Und Sie glauben, Sie könnten Dank Salvini aus der Schlinge entkommen?

Wir sollten uns nicht mit der politischen Linken verbinden, wir sollten einen anderen Weg suchen, den Weg der Zusammenarbeit mit der europäischen politischen Rechten! Wir wissen nicht, was für eine Formation Salvini wird zustande bringen können, doch wir hoffen, dass eine starke gelingt. Die Volkspartei muss mit der europäischen rechten Seite zusammenarbeiten. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich diese Linie unterstütze. Später werden wir dann sehen, welche Form diese Partnerschaft haben wird, doch wünsche ich mir es sehr, dass Ihr stellvertretender Ministerpräsident mit der Europäischen Volkspartei zusammenarbeiten soll. Die Schlüsselrolle hierbei muss natürlich die Forza Italia spielen, denn Berlusconi's Partei gehört der EVP an. Das ist also eine italienische innere Angelegenheit.

Sie haben Ihre Kampagne auf das Thema der Migranten aufgebaut.

Nicht nur unsere Kampagne, sondern auch unsere Arbeit der nächsten zehn Jahre.

Aber es gibt doch nicht nur das Dossier der Migration. In vielen europäischen Ländern, darunter auch in Italien, zeigen die Erhebungen, dass sich die Wähler viel mehr wegen der

Arbeitslosigkeit, der Zunahme der Ungleichheit, der sich verlangsamenden Wirtschaft sorgen machen, als denn wegen der Flüchtlinge und der Flüchtenden oder der illegalen Einwanderer. Wie kann man Ihre Vision mit denen Ihrer ausländischen Verbündeten in Einklang bringen?

Die wichtigste Frage, mit der uns die Geschichte konfrontiert, ist die der Migration. Ich nenne dies Völkerwanderung, die massenhafte Bewegung einer gewaltigen Menge von Menschen. Die Grundlage dafür stellt eine demographische Tatsache dar: Die Europäer sind immer weniger, und die in der Sahelzone, in der arabischen Welt und in Schwarzafrika Lebenden nehmen zahlenmäßig immer weiter zu. Sie sind in Bewegung, sie wandern, um am Ende hier anzukommen. Wenn sich Tattortaten oder besondere Straftaten ereignen, wachen die Menschen auf, und sie verstehen, wie lebenswichtig das Thema der Migration ist. Wenn es aber keine derart spektakulären Fälle gibt, und gegenwärtig gibt es sie – Gott sei Dank – nicht, nimmt diese Befürchtung der Menschen ab, doch bedeutet dies nicht, dass die Erscheinung sich verflüchtigt hätte. Es ist die Verantwortung eines führenden Politikers, sich des Problems zu erinnern, und auf vorbeugende Weise zu handeln, damit man die Probleme fernhalten kann, bevor noch die nächste Welle ankommt, denn die wird sehr wohl hier ankommen. So war es 2015, und so wird es auch in der Zukunft sein. Man muss die großen Auswanderungen voraussehen, und wenn es nicht gelingt, ihnen vorzubeugen, dann müssen sie aufgehalten werden. Deshalb bin ich der Ansicht, dass Salvini heute der wichtigste Mann in Europa ist.

Sie sind mit Italien nicht immer in allem im völligen Einverständnis, wenn wir an das Thema der Migration denken. Rom möchte – zumindest auf dem Papier – das Abkommen von Dublin umformen, und bittet um die Neuverteilung, Sie jedoch sind der Verfechter der Quotenfeindlichkeit. Sind das unvereinbare Positionen?

Die Italiener möchten die Migranten loswerden und sie unter den anderen Länder verteilen, und in Brüssel hat man sich hierfür auch eine Ideologie ausgedacht, die man Solidarität nennt. Unser Standpunkt ist ein anderer: Wir haben uns verteidigt, und haben verhindert, dass die Migranten hierher kommen, und wir möchten es auch nicht, wenn diese jetzt von Ihnen hierher zu uns kämen.

Das ist in Worten ausgedrückt leicht, aber wie kann man dies miteinander vereinbaren?

Man muss die Migranten nicht in Europa verteilen. Wir müssen sie nach Hause bringen, und nicht die Probleme hierher bringen, sondern wir müssen ihnen dort vor Ort Hilfe leisten. Bringen wir jene Regionen in Ordnung, von denen aus sie losgehen. Ungarn macht dies bereits, wir finanzieren über unsere Kräfte hinaus unser Programm, das wir mit dem Namen „Hungary Helps“ gestartet haben. Und darüber hinaus wäre es wichtig, in der Rücksiedlung nach Hause zusammenzuarbeiten.

Und Dublin, die Gewährung des Asyls in dem ersten Ankunftsland?

Das ist tot. Eine Rechtsvorschrift, die niemand einhält, existiert nicht.

Auf diese Weise ergibt sich aber eine Lücke in der Rechtsprechung. Was ist Ihr Vorschlag hierfür?

Dublin wurde geboren, als es noch keine massenhafte Migration gab. Doch um mit dieser gigantischen Völkerbewegung umzugehen, dazu ist nicht nur Dublin ungeeignet, sondern auch Brüssel selbst. Es gibt keine gemeinsame europäische Lösung. Damit haben wir uns jahrelang Hoffnung gemacht, und in der Zwischenzeit ist die Situation immer schlimmer geworden. Brüssel, die Kommission und das Europäische Parlament muss sich hieraus zurückziehen, dadurch ermöglichend, dass sich die Mitgliedsstaaten mit der Frage beschäftigen sollen.

Wie?

Indem sie eine der Ecofin ähnliche Körperschaft schaffen, die Innenminister der Schengen-Länder müssen zusammenarbeiten, damit Lösungen zwischen Regierungen gefunden werden können.

Sie skizzieren ein sehr klares Europabild. In einer in Siebenbürgen gehaltenen Rede sagten Sie, Mitteleuropa muss zum Hauptdarsteller werden und den Schlüssel zu seinem eigenen Schicksal in die Hand nehmen. Wie stellen Sie sich die Europäische Union vor, wie wird sie in zwanzig Jahren aussehen?

Europa besaß eine innere Dynamik, die sich auf vier Hauptdarstellern gründete: Diese waren Deutschland, Großbritannien, der Mittelmeerraum (Frankreich hier mit inbegriffen) sowie

Mitteleuropa. Das Verhältnis zwischen diesen vier Akteuren hat das politische Gleichgewicht ausgebildet, welches jetzt aber nicht mehr vorhanden ist. Ein neues muss geschaffen werden.

Warum hat es sich aufgelöst?

Das Vereinigte Königreich hat sich entschlossen, auszutreten. Deutschland hat zu viele Vorteile für sich aus der Eurozone eingesammelt, ohne diese mit seinen Partnern zu teilen. Und schließlich ist die Entwicklung der Länder Mitteleuropas schneller als erwartet, in dem Maße, dass sie etwa bis 2030 Nettozahler in der EU sein werden. Heute beträgt der Warenverkehr zwischen den V4 und Deutschland mehr als das Doppelte dessen wie jener zwischen Berlin und Rom. Diese neuen Gleichgewichte müssen neue innere Beziehungen zum Ergebnis haben, das heißt Mitteleuropa muss über einen größeren Einfluss verfügen, und Deutschland muss sich von der Vorstellung verabschieden, dass jede Entscheidung entlang der französisch-deutschen Achse getroffen werden soll.

Sie sprechen über ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten?

Nein, ich spreche über drei Europas, über drei verschiedene Dimensionen. Wir haben heute drei Europas, aber wir tun so, als ob es nur eines gäbe.

Welche sind diese?

Das erste ist das Europa des Geldes, die Eurozone. Dann gibt es das Europa der Sicherheit, das heißt die Länder des Schengen-Raumes. Das dritte ist das Europa des gemeinsamen Marktes. Diese unterscheiden sich voneinander. Es ist wichtig, dass ein jeder selbst entscheide, zu welcher Gruppe oder zu welchen Gruppen er gehören möchte. Jene, die in der Eurozone sind, bewegen sich in Richtung auf die politische Union, das ist ihre Entscheidung, doch wir begleiten sie nicht. Wichtig ist, dass ein jeder dem gemeinsamen Markt angehört. Auf diese Weise können wir später Großbritannien und eventuell sogar der Türkei ein attraktives Angebot machen.

In Europa erscheinen erneut die Nationalismen. Befürchten Sie nicht, dass dies die Quelle für Instabilität sein kann?

In der europäischen Terminologie ist der Nationalismus heute ein negativer Begriff, doch ich teile diese Wertung nicht. Die überwiegende Mehrheit der europäischen Intellektuellen glaubt, die Kriege, die Diktaturen, die Leiden würden durch den Nationalismus verursacht. Ich stimme dem nicht zu. Diese Tragödien haben nämlich die Versuche zur Errichtung der verschiedenen europäischen Imperien verursacht. Und gegenwärtig sehe ich gerade diese Gefahr in Brüssel. Die Brüsseler Elite sagt, wir würden den Nationalismus nähren, wir sind aber der Ansicht, die Brüsseler Elite ist es, die eine große Gefahr generiert, indem sie ein Imperium ausbauen möchte. Aber in Ordnung, lassen wir die terminologisch Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Nationalismus hinter uns, schreiben Sie, dass ich ein Patriot bin.

Die Geschichte ist sehr stark in Ihrer Politik und in der ungarischen Identität anwesend. Es gibt vier sehr ausdrucksstarke historische Jahreszahlen: 1867, der Ausgleich mit Wien, 1920, das Friedensabkommen von Trianon, 1945, als die Westler das Land Stalin überließen. Und 1956, als die Sowjets die Revolution niederschlugen. Was verbindet diese Jahreszahlen?

Es handelt sich dabei um sehr wichtige Jahreszahlen, es kann sein, dass ein Italiener diese nicht versteht, aber es gibt einen roten Faden, der diese miteinander verbindet, die nicht unterdrückbare Sehnsucht des ungarischen Volkes nach Freiheit. Am Ende des Ersten Weltkrieges fanden sich infolge von Trianon mehrere Millionen Ungarn von dem einen Moment zum anderen auf dem Landesgebiet anderer Länder wieder, wo man sie als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtete. 1945 hat uns die Sowjetunion besetzt, und 1956 haben wir rebelliert. Diese historischen Momente haben gemeinsam unsere Identität geschmiedet.

Am 4. Juni erinnern sich die Menschen an den Verrat von Trianon, aber ist das nicht so etwas wie eine Art Revanche?

Wir gebrauchen diese Begriffe wie Revanche, Rache, nicht. Wir sprechen nicht über die Wiederherstellung des einstigen Zustandes. Das Gesetz hierüber deklariert den 4. Juni als den „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“, und sein Ziel ist, es, dass an diesem Tag die Ungarn, wo immer sie auch sein sollten, hier zu zu Hause oder in den benachbarten Gebieten oder in anderen Staaten, sie sollen das Gefühl haben, dass sie zusammengehören. Die Revanche blickt in die Vergangenheit zurück, die Zusammengehörigkeit ist aber der Motor, der in die Richtung der Zukunft fährt.

Mitteleuropa und Ungarn sind Orte, an denen die Identität sehr wichtig ist. In den anderen Hauptstädten Europas besitzt der Multikulturalismus breiten Raum, ja, dieser wird erweitert. Sie sind ein entschlossener Verteidiger der nationalen Identitäten und des christlichen Europa. Haben Sie in der Welt der Globalisierung nicht das Gefühl, dass der Widerstand gegen den Multikulturalismus geschichtsfeindlich ist?

Zwischen West- und Osteuropa gibt es im Zusammenhang damit einen großen Unterschied. Jene großen Denker, die heute die westeuropäische Geisteshaltung bestimmen, feiern einen jeden Fall, bei dem sie sehen, dass sich Europa in eine postchristliche und postnationale Richtung wendet. Dies wird als eine gute Sache, als Fortschritt angesehen. Diese Denkweise ist mir fremd. Ich verspüre darüber keine Freude, ich betrachte dies als die Aufgabe der Identität. Ich zweifle nicht das Recht an, sich über den Multikulturalismus freuen zu dürfen, jedoch möchte ich, dass sie zur Kenntnis nehmen, dass Ungarn ihnen hierin nicht folgt. Ja, unsere Verfassung sagt das Gegenteil dessen aus: Dass das Christentum eine die Nation erhaltende Kraft ist.

Was ist die illiberale Demokratie?

Die auf das Christentum sich gründende Demokratie, die wir illiberal nennen, bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie antiliberal wäre, das ist eine wichtige Unterscheidung. Inzwischen sind die liberalen Demokraten zu Gegnern der Freiheit geworden. Da ich auf der Seite der Freiheit stehe, muss ich illiberal sein.

Die Liberalen sind Feinde der Freiheit?

Sie haben ein Denksystem erschaffen – sie haben es politische Korrektheit getauft –, das zu respektieren sie von allen erwarten würden. Wer die These der politischen Korrektheit in Frage stellt, der kann ihrer Meinung nach kein Demokrat sein, jedoch verletzt all das die Freiheit der Rede und die Freiheit des Denkens. Ich jedoch, der ich illiberal bin, verteidige die Redefreiheit. Ich weiß, dass diese Sache aus der Perspektive der westlichen Hauptstädte seltsam zu sein scheint, doch hier, in Mitteleuropa, denken hierüber alle so. Wenn die liberalen Parteien die Wahlen verlieren, dann verkünden sie anderntags sofort, dass es mit der Demokratie vorbei sei.

Wie in Österreich, als Haider gewonnen hatte?

Irgendwie so, aber ich denke eher an das Beispiel von Polen, als die Partei von Kaczyński, die PiS gewonnen hat.

Wenn wir schon von Freiheit reden, glauben Sie nicht, dass die Entscheidung der Universität von Soros, aus Budapest wegzugehen, Ihrem und dem Image Ihres Landes geschadet hat?

Ja schon, denn viele Menschen achten darauf, was geschieht, denn die Brand der CEU ist sehr stark. Wenn etwas um sie herum geschieht, so hat das eine Rückwirkung auf uns. Jedoch spricht niemand über ein anderes Element der Wahrheit, nämlich darüber, dass in den vergangenen zwei-drei Jahren zahlreiche ausländische Universitäten nach Ungarn gekommen sind, viel mehr als jene, die gegangen sind.

Die ungarische Wirtschaft schreitet gut voran.

Das sagen Sie, ich sage, sie läuft besser als früher.

Die Wachstumsrate des Landes beträgt doch 3,4 Prozent, wenn Sie das morgen Salvini erzählen, der mit seinen eigenen Zahlen nicht besonders zufrieden ist, wird er Augen machen...

Wenn wir schon an diesem Punkt angelangt sind: Das Wachstum betrug im vergangenen Jahr 4,8 Prozent...

Sie beklagen sich jetzt?

Aber gar nicht. Unser Ziel ist, dass unser Wachstum kontinuierlich den Durchschnitt der EU um mindesten 2 Prozent übertreffen soll.

Die Arbeitslosigkeit beträgt 3,5 Prozent.

Das ist wahr, aber die Daten der Tschechen sind besser, das ist unannehmbar (*er lacht*).

Nun, Ihre Opposition sagt, Sie hätten Beschäftigung mit der öffentlichen Beschäftigung geschaffen, das heißt viel mehr Menschen mähen und betreuen in den öffentlichen Parks den Rasen, als notwendig wären.

Wir haben seit 2010 insgesamt 800 tausend Arbeitsplätze geschaffen, und davon gehören nur 121 tausend zur öffentlichen Beschäftigung. Als ich 2010 erneut an die Regierung gekommen bin, erhielten 550 tausend Menschen Hilfen, solche, die keinerlei Arbeit verrichteten. Ich möchte nur jenen Geld geben, die etwas machen. Ich kann es nicht akzeptieren, dass ein Familienvater, nachdem er aufgestanden ist und sein Kind in die Schule geschickt hat, zu Hause bleibt und nichts macht. Er muss arbeiten gehen, selbst wenn es sich nicht um die begehrtesten Arbeit handelt, aber zumindest für die Gesellschaft nützlich ist.

In Europa wächst der Antisemitismus. Sie sind vor einigen Wochen Netanjahu begegnet. Was haben Sie ihm gesagt?

Meine Regierung zeigt gegenüber dem Antisemitismus Nulltoleranz. Vor 20 Jahren, während meiner ersten Amtszeit haben wir in den Schulen den Holocaust-Gedenktag eingeführt. Wir haben die Synagogen renoviert, haben die verwahrlosten jüdischen Friedhöfe in Ordnung gebracht, wir besitzen eine große jüdische Gemeinschaft, Christen und Juden leben gut zusammen. Die größte Synagoge Europas ist nur einen Steinwurf von der Budapester Basilika entfernt. Ungarn ist für Juden der sicherste Ort in Europa.

Sie verlegen die Botschaft aus Tel-Aviv nach Jerusalem, dem Beispiel Trumps folgend?

Wir haben in Jerusalem eine Außenhandelsniederlassung mit diplomatischem Status gegründet, doch die Botschaft bleibt vorerst in Tel-Aviv.

Ungarn macht Geschäfte mit China, schließt Energieabkommen mit Putins Russland ab. Sie führen mit allen einen Dialog, auch mit den Feinden von Trump. Was werden Sie ihm sagen, wenn Sie ihn treffen?

Wir können auch die Türkei auf die Liste aufnehmen, mit ihnen verdoppeln wir den Warenverkehr. In Europa ist es eine Tendenz, die Außenpolitik zu nutzen, um Wertesysteme zu exportieren, um sozusagen die moralische Überlegenheit des Westens in den

Menschenrechten, der Demokratie, dem Humanismus unter Beweis zu stellen. Ich halte diese Annäherung nicht für richtig. Der Demokratieexport ist gescheitert, wo auch immer man sich an ihm versucht hat. Und über die moralische Überlegenheit habe ich meine eigene Meinung, denn uns hat man in Stalins Hände übergeben, zwar hatte man 1956 versprochen, sie würden kommen, sie kamen aber nicht, doch können wir auch an das kolonialistische Zeitalter denken. Für mich ist die Außenpolitik das Instrument, durch das ich meine Heimat für andere interessant machen, durch das man Freunde gewinnen und wichtige Staaten am Erfolg Ungarns interessiert machen kann.

Und um auf Trump zurückzukommen?

Mit ihm besteht eine Art geistige Gemeinschaft. Ich stimme seiner Losung „America first“ vollkommen zu, dem, dass er die nationalen Interessen offen verkündet und vertritt. Mehrere andere handeln auch demgemäß, sie unterstützen ihre eigenen Interessen, nur sprechen sie das nicht aus. So wie Präsident Trump darauf drängt, so müssen wir unsere militärischen Ausgaben tatsächlich erhöhen, und unsere wirtschaftlichen Verbindungen waren noch nie so gut wie jetzt. Natürlich benötigen wir auch den amerikanischen Markt. Das Verhältnis von Export und GDP liegt bei uns über 80 Prozent, unser heimischer Markt ist klein. Die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen ist von grundlegender Bedeutung, wenn wir den Ungarn ein angemessenes Lebensniveau garantieren wollen. Hierbei besitzt auch die Europäische Union, der einheitliche Markt, jener dritte Pfeiler, über denn ich zuvor gesprochen habe, eine Schlüsselstellung. Der Weg der Briten, also der Brexit, ist für Ungarn nicht beschreitbar. Doch ist die politische Integration, der Fiebertraum der Vereinigten Staaten von Europa schon wiederum eine andere Geschichte.